



Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Cansin Köktürk  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Dr. Bernhard Kotsch**  
Staatssekretär

Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

Postanschrift:  
11013 Berlin

Tel. +49 30 18 17-2068  
Fax +49 30 18 17-52075

Buero.kotsch@diplo.de

[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

**Schriftliche Fragen für den Monat Juli 2025**  
**Frage Nr. 07-0530**

Berlin, 20. August 2025

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

***Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um gegenüber der israelischen Regierung daraufhinzuwirken, dass das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) wieder Zugang nach Gaza, zum Westjordanland sowie nach Ost-Jerusalem bekommt und dort seine Arbeit wieder aufnehmen kann, um die menschenwürdige und angemessene Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln – die derzeit nach Ansicht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nur unzureichend von der von den USA und Israel unterstützten Stiftung Gaza Humanitarian Foundation (GHF) übernommen wird ([www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/alabali-radovan-gaza-nicht-aus-den-auge-verlieren-256952](http://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/alabali-radovan-gaza-nicht-aus-den-auge-verlieren-256952)) – zu gewährleisten?***

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung setzt sich anhaltend nachdrücklich dafür ein, dass VN-Organisationen in den palästinensischen Gebieten ungehindert tätig



Seite 2 von 2

sein und die Zivilbevölkerung erreichen können. Bundesaußenminister Johann Wadephul hat auf seiner Reise nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete klar gefordert, den Vereinten Nationen und den internationalen Hilfsorganisationen sicheren Zugang zu gewährleisten sowie eine effektive Verteilung zu ermöglichen. Die vollständige Umsetzung der von israelischer Seite zugesagten, sicheren humanitären Korridore in Gaza ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die Bundesregierung steht dazu weiterhin in engem Austausch mit der israelischen Regierung.

Mit freundlichen Grüßen